

Unverkäufliche Leseprobe

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.



Das 20. Jahrhundert versprach Wohlstand und Aufstieg für alle. Heute erkennen wir, dass wir auf dem falschen Weg waren. Denn Wohlstand ist nicht Wohlbefinden; er erzeugt Verteilungskämpfe, Neid und Furcht vor Verlust. Stefan Klein fordert zu einem neuen Kurs auf: Glück, nicht Wirtschaftswachstum, muss das Ziel von entwickelten Gesellschaften sein. Nur wenn wir es wagen, radikal die Frage nach dem guten Leben zu stellen, wird die Demokratie überleben.

Stefan Klein, geboren 1965 in München, ist der erfolgreichste Wissenschaftsautor deutscher Sprache. Er studierte Physik und analytische Philosophie in München, Grenoble und Freiburg und forschte auf dem Gebiet der theoretischen Biophysik. Er wandte sich dem Schreiben zu, weil er »die Menschen begeistern wollte für eine Wirklichkeit, die aufregender ist als jeder Krimi«. Sein Buch »Die Glücksformel« (2002) stand über ein Jahr auf allen deutschen Bestsellerlisten und machte den Autor auch international bekannt. In den folgenden Jahren erschienen die hoch gelobten Bestseller »Alles Zufall«, »Zeit«, »Da Vincis Vermächtnis« und »Der Sinn des Gebens«, das Wissenschaftsbuch des Jahres 2011 wurde. Seine bekannten Wissenschaftsgespräche erschienen unter dem Titel »Wir sind alle Sternenstaub« und »Wir könnten unsterblich sein«. Zuletzt erschien »Das All und das Nichts. Von der Schönheit des Universums« (2017). Stefan Klein lebt als freier Schriftsteller in Berlin.

Weitere Informationen finden Sie auf www.fischerverlage.de

Stefan Klein

DIE ÖKONOMIE DES GLÜCKS

Warum unsere Gesellschaft
neue Ziele braucht

FISCHER Taschenbuch



Erschienen bei FISCHER Taschenbuch
Frankfurt am Main, November 2019

Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung
von Nicolai Publishing & Intelligence GmbH, Berlin
© 2018 Nicolai Publishing & Intelligence GmbH, Berlin

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-596-70491-0

Unzufriedenheit ist der Sprengsatz unserer Zeit. Obwohl die Menschen in den entwickelten Ländern einen nie da gewesenen Lebensstandard erreicht haben, obwohl sie historisch einmalige Rechte und Freiheiten genießen, obwohl sie Krieg und Gewalt fast nur noch aus den Nachrichten kennen, sind sie verbittert. Und aus ihrer Enttäuschung heraus sind immer mehr Menschen bereit, alles, was unsere Demokratien erreicht haben, infrage zu stellen.

Nur noch die Hälfte aller jungen Europäer hält Demokratie für die beste Staatsform.¹ In Frankreich, Italien und Polen lehnte im Jahr 2017 bereits eine Mehrheit der Menschen unter 26 die Demokratie ab. Und nur noch ein knappes Drittel der Niederländer, Briten und US-Amerikaner unter 30 hält es für wesentlich, in einer Demokratie zu leben.² Wenn

unsere Gesellschaft weiter so bestehen soll, wie sie derzeit ist, brauchen wir eine Neuorientierung.

Unzufriedenheit nährt die Kräfte des Zerfalls. Plötzlich haben diese Kräfte selbst Länder erfasst, die als die stabilsten überhaupt angesehen wurden. Sie wirken sogar vor allem dort. Wer hätte sich noch vor fünf Jahren die heutige Welt vorstellen können? Niemand erwartete ernsthaft, dass rechtsextreme Abgeordnete als Vertreter der größten Oppositionspartei in den Bundestag einziehen und die Agenda der bürgerlichen Parteien bestimmen würden. Dass ein Milliardär ohne jede politische Erfahrung, der auf seinen Wahlversammlungen Schlägereien anheizt und potenziell gefährlichen Personen Schweigegelder auszahlen lässt, die Macht im Weißen Haus übernimmt, galt als ungefähr so wahrscheinlich wie der Zusammenstoß der Erde mit einem Asteroiden. Nur notorische Schwarzseher sahen voraus, dass Rechtsradikale in Italien Regierungsverantwortung tragen und dass sich eine Mehrheit der Briten für den Bruch mit der Europäischen Union aussprechen würden. Und undenkbar erschien es, dass unsere östlichen Nachbarn, die der friedlichen Revolution von 1989 den Weg bereiteten, freiwillig die in dieser Revolution erkämpften Freiheiten aufgeben würden. Mit Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit setzten die Regierungen Polens und Ungarns das liberale System außer Kraft.

Weniger sichtbar, aber nicht minder besorgniserregend, verschiebt sich das Gefühlsleben der Menschen. Von Jahr zu Jahr erliegen in Deutschland wie in allen Industrieländern mehr Frauen und Männer schweren Depressionen. Noch stärker sind Jugendliche und junge Erwachsene betroffen. Sie leben heute mit einem dreimal höheren Risiko, diesem Leiden

zu erliegen, als noch vor zehn Jahren. Schwere Depressionen werden in 20 Jahren Frauen mehr zusetzen als jede andere körperliche oder seelische Krankheit. Unter Männern werden einzig Herz- und Kreislaufleiden noch mehr Verheerung anrichten. So sagt es die Weltgesundheitsorganisation voraus. Die Depression droht zu einer Pest des 21. Jahrhunderts zu werden.³

Das krankhafte Unglück breitet sich buchstäblich wie ein Seuchenzug aus. Menschen stecken einander nämlich mit ihrer Niedergeschlagenheit an.⁴ Und wie die Pest im Mittelalter, so können Depressionen nicht nur einen Menschen zugrunde richten, sie verändern auch die Gesellschaft. Nach amerikanischen Schätzungen kosteten Depressionen die Wirtschaft des Landes im Jahr 2015 mindestens 210 Milliarden Dollar, mit zweistelligen Steigerungsraten. Der größte Teil der Frühverrentungen in Deutschland geht auf ihr Konto. Wer ernsthaft an einer Depression erkrankt ist, zieht sich völlig zurück. Die krankhaft niedergeschlagene Stimmung bewirkt, dass immer mehr Menschen die eigenen Belange und die Bedürfnisse anderer gleichgültig werden. In aller Stille zerstören Depressionen den Zusammenhalt in der Gesellschaft.⁵

Lebenslügen rechts und links

Wie lässt sich diese Misere erklären? Es gibt eine politisch linke und eine politisch rechte Lesart der Lage. Wer sich links verortet, führt den Zerfall der Gemeinschaft und die Niedergeschlagenheit der Einzelnen vor allem auf die wachsende Ungleichheit zurück. Demnach sind die weniger gebildeten und weniger gutverdienenden Bürger vom allgemeinen Fortschritt abgehängt worden und fühlen sich ausgegrenzt. Daraus erwachsen einerseits Wut, andererseits Gefühle von Ohnmacht. Tatsächlich stimmen Menschen umso häufiger für Protestparteien, je niedriger sie sich selbst in der Hackordnung sehen. Erst recht geht das Risiko, an Depressionen zu leiden, mit dem sozialen Gefälle einher.⁶

Konservative dagegen beklagen generell zu viele Veränderungen in zu kurzer Zeit. Digitalisierung, Globalisierung, neue Rollen der Geschlechter, Einwanderung, und das alles binnen weniger Jahre, würden viele Menschen schlicht überfordern, auch ängstigen. Diese Bürger würden sich in ihrer Verunsicherung nicht gehört fühlen und seien empfänglich, wenn Politiker ihnen versprechen, mit eiserner Hand für übersichtliche Zustände zu sorgen.

Beide Diagnosen klingen plausibel. Einerseits weitet sich die Kluft zwischen den Lebenschancen in Deutschland, wie in allen entwickelten Ländern. Die Ungleichheit der Lebensinkommen in Deutschland hat sich während der letzten 40 Jahre verdoppelt. Wer nicht über eine gute Ausbildung verfügt, hat immer weniger Aussichten, in seiner Arbeit Anerkennung, geschweige denn so etwas wie Erfüllung zu finden. Er muss mit einem einsamen Job als ewig freundliche

Stimme in einem Callcenter vorliebnehmen oder sich im Lager eines Onlineversenders vom Computer von Regal zu Regal hetzen lassen. Dafür sieht er dann am Monatsende kaum mehr als den Mindestlohn – bis ein Roboter seinen Job übernimmt. Ein Heiliger, wer da nicht verbittert.⁷

Andererseits weisen die Konservativen zu Recht darauf hin, dass längst nicht nur Menschen ganz unten an ihrem Staat zweifeln. Weder frustrierte Bergarbeiter noch die Arbeitslosen der siechen Stahlindustrie brachten Donald Trump an die Macht, eine Mehrheit erreichte der jetzige Präsident nur unter Wählern mit einem Jahreseinkommen von 50.000 Dollar und mehr. Die Ärmeren wählten Hillary Clinton. Auch die neuen rechten Parteien Europas finden regen Zuspruch unter Frauen und Männern, die von ihren Gehältern bequem leben. Diese Menschen treibt ein Unwohlsein um, das sich keineswegs aus Sorgen ums Geld speist.

Offenbar erfassen die linke wie die rechte Deutung bestenfalls einen Teil der Realität. Um zu erkennen, wie eingeschränkt beide Weltsichten sind, muss man sich nur ein wenig jenseits der deutschen Landesgrenzen und in der Geschichte der vergangenen Jahrzehnte umsehen. Die Schweiz beispielsweise macht wahrlich nicht durch soziale Konflikte, wirtschaftliche Not oder Unsicherheit von sich reden. Das Einkommen pro Kopf ist fast doppelt so hoch wie in Deutschland, die Ungleichheit moderat. Die 8,4 Millionen Schweizer haben auch wenig Grund, sich vor Verbrechen zu fürchten. Im Jahr 2015 zählte man zwischen Bodensee und Genfersee ganze 41 Morde. Es leben viele Ausländer im Land, aber bei einer Arbeitslosenquote von unter drei Prozent läuft niemand Gefahr, durch billige Einwanderer seinen Job zu verlieren. Es

gibt auch keine überhebliche Politikerkaste, die sich über den Willen der Bürger hinwegsetzt. Das sprichwörtlich vorsichtige Schweizervolk kann die Machthaber jederzeit per Volksabstimmung zur Rechenschaft ziehen – und macht regelmäßig jedem, der überstürzte Veränderung fordert, einen Strich durch die Rechnung. In Bern fahren die Bundesräte, wie die Regierungsmitglieder heißen, Straßenbahn.

Kurz, das Land ist so reich und sicher, stabil und proper, wie ein Land überhaupt sein kann. Dennoch ging eine rechtspopulistische Partei, deren Positionen sich marginal von denen der AfD unterscheiden, in allen Parlamentswahlen seit 2003 als stärkste Gruppierung hervor. Fast ein Drittel der Wähler entscheiden sich inzwischen für die SVP. Der Erfolg der Schweizer Volkspartei ist umso bemerkenswerter, als deren scheinbar unaufhaltsamer Aufstieg schon 1991 begann – also lange bevor Digitalisierung, raffgierige Manager und Flüchtlingskrisen die Gemüter erregten. Auch in Österreich und Frankreich, Belgien und Dänemark erstarkten damals bereits die rechtsnationalen Parteien.

Und in Deutschland? Schon 1998 wies der Berliner Politikwissenschaftler Richard Stöss in einer viel zu wenig beachteten Studie eine enorme Unzufriedenheit nach.⁸ Stöss stützte sich auf die Aussagen von mehr als 3700 repräsentativ ausgewählten Frauen und Männern. Zwei Drittel der Befragten zeigten sich enttäuscht von der Demokratie. Ein Drittel der Westdeutschen und die Hälfte der Ostdeutschen waren sogar bereit, das ganze System aufzugeben. »Der Frust ist riesengroß«, warnte Stöss. Verdrossenheit stellte er bei Arm und Reich, bei arbeitslosen Hilfsarbeitern und Professoren, vor allem aber unter traditionellen Arbeitern fest. Von den

enttäuschten Menschen, die für den Wohlstand der Gesellschaft geschwitzt hatten, hörte Stöss schon damals die Sätze, die heute aus jeder Talkshow mit einem AfD-Politiker tönen: Man fürchtete, seinen Wohlstand mit anderen Nationen teilen zu müssen; sehnte sich ein starkes Deutschland mit einer starken Führung herbei; lehnte Ausländer ab. Aus seiner Erhebung bezifferte Stöss die Wahlbereitschaft für eine rechts-extreme Partei vorsichtig auf deutschlandweit acht Prozent.

Das war fünf Jahre, bevor die Hartz-Reformen die traditionellen Arbeiter gegen die Sozialdemokratie aufbrachten, und mehr als 15 Jahre, bevor Hunderttausende aus Syrien und Afghanistan Geflüchtete ins Land kamen. Das Wort »Browser« hatten die meisten Deutschen 1998 noch nicht einmal gehört. Dass das Internet ihr Leben verändern könnte, ahnten sie erst, als ein Jahr später Boris Becker in einem legendären Werbespot staunte: »Ich bin drin.«